



HESSISCHER LANDTAG

28. 04. 2026

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Baugenehmigungsanstieg weiterhin auf niedrigem Niveau, die Scheinerfolgsmeldung der Landesregierung zeigt, wo der echte Wohnungsbaunotstand in Hessen liegt

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die gefeierte Entwicklung auf einem Basiseffekt beruht. Nach einem besonders starken Einbruch auf sehr niedrigem Niveau wirken selbst geringe Zuwächse überproportional.
2. Der Landtag stellt fest, dass Genehmigungen als relative Vorlaufindikatoren zu sehen sind. Sie sagen nichts über die reale Bauleistung im Sinne von Baustarts, Fertigstellungen, Abbruchquoten, Vollzugsdauern sowie Rechtsklarheiten der Bauten aus.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, das Hessengeld zur echten Entlastungsmaßnahme aufzuwerten, indem die Ratierung der Erstattung aufgehoben wird und auch in Fällen des Folgeerwerbs von Immobilien eine Entlastung von der Grunderwerbsteuer erfolgt.
4. Der Landtag stellt fest, dass das Leerstandsgesetz als Instrument zur Wohnraummobilisierung ungeeignet ist, da es nicht die strukturellen Ursachen der Wohnungsnot adressiert, wie unter anderem auch Verbände wie Haus & Grund kritisieren.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich nicht länger für erfolgte Genehmigungszahlen zu loben, sondern belastbare Zahlen zu Baubeginn, Fertigstellung, Bauabbrüchen und reale Umsetzungsquoten für die Transparenz der tatsächlichen Wohnraumbeschaffung vorzulegen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die von ihr bislang vernachlässigten strukturellen Ursachen der Wohnungsnot endlich wirksam zu minimieren, insbesondere die durch Überregulierung überlastete Bauaufsichtsbehörden sowie die Fehlbelegungen der Sozialwohnungen im Bestand.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. April 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe